

Praktische Solidarität mit der Ukraine

Die durch CDU und SPD gebildeten Bundesregierungen haben die Ukraine seit 2014 aus wirtschaftlichen Interessen heraus allenfalls halbherzig unterstützt. Deutschlands selbst verschuldete und politisch gewollte Abhängigkeit von fossiler russischer Energie hat zu einer Politik beigetragen, die die Bedrohung, die vom russischen Diktator Putin ausgeht, verkannt und unterschätzt hat.

Im Angesicht des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, der innerhalb weniger Wochen immenses Leid und Zerstörung, tausende Tote und Millionen Geflüchtete verursacht hat, wenden wir uns an die Bündnisgrünen Mitglieder der Bundesregierung, die Mitglieder der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag und den Bundesvorstand unserer Partei.

Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands unter Wladimir Putin gegen einen souveränen Staat mitten in Europa ist ein Angriff auf Menschen, die in einer freien und demokratischen Gesellschaft leben möchten, auf eine regelbasierte, europäische Friedensordnung und eine Bedrohung auch unserer Freiheit und Sicherheit. Wir bitten Euch deshalb eindringlich:

- Euch mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass Deutschland sein Möglichstes tut, die Ukraine in ihrem legitimen Abwehrkampf zu unterstützen. Dies schließt alle Maßnahmen ein, die unterhalb eines direkten Eingreifens in die militärischen Auseinandersetzungen liegen und bedeutet unter anderem umfassende finanzielle Unterstützung sowie die Lieferung dringend benötigter Waffensysteme. Alle Maßnahmen sollen in enger Zusammenarbeit mit unseren transatlantischen und europäischen Partnern erfolgen.
- Darauf hinzuwirken, dass Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Russland weiter verstärkt und einen kompletten Ausschluss aus dem Finanztransaktionssystem SWIFT erarbeitet wird.
- die beabsichtigten Milliarden-Investitionen in die Bundeswehr intensiv abzuwägen und die Vorhaben eng in eine europäische Verteidigungspolitik zu integrieren.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist es entscheidend, dass wir die Sicherheitsinteressen der Staaten in Osteuropa ernster nehmen und unterstützen. Sinnvoll ist eine echte, möglichst kurzfristige EU-Beitrittsperspektive. Diese sollte unter Verzicht auf eine gleichzeitige NATO-Mitgliedschaft stattfinden. Gleiches gilt für die sich seit Langem im Wartestand befindlichen Beitrittskandidaten des Balkans. Deutschland hat aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke einen besonderen Einfluss auf die Wirksamkeit von Maßnahmen für den Schutz von

Frieden und Freiheit in Europa. Wir sind überzeugt, dass sich die damit verbundenen Kosten für die deutsche Wirtschaft, den Staat und die Gesellschaft auf lange Sicht als kluge Investition in die Zukunft des Kontinents erweisen werden.

Deutsche Energiepolitik ändern – jetzt erst recht

Der Krieg gegen die Ukraine zeigt, wie dringend die energiepolitische Wende ist. Wir erkennen unsere Abhängigkeit von fossilen Energien und konkreten Lieferanten so deutlich wie nie. Leider ist diese Abhängigkeit nur langfristig abzuschaffen. Vor allem regional ist es schwierig, aus fossilen Energien auszusteigen oder vorhandene Technik für Ersatzlieferungen umzurüsten. Sachsen-Anhalt ist ein Beispiel dafür. So hat der Saalekreis als stärkste Wirtschaftsregion (Leuna, Buna) erheblichen Umrüstungsbedarf – bis hin zu neuen Pipelines in Richtung Rotterdam. Ein Komplettausstieg scheint hier momentan ausgeschlossen. Das gilt auch für andere Regionen.

Trotz solcher Hindernisse müssen die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen die Energie-wende entschlossener vorantreiben und die Dinge tun, die jetzt schon umsetzbar sind. Dazu zählen unter anderem folgende Punkte:

- Oberstes Ziel ist es, soweit wie möglich und so rasch wie möglich aus russischen fossilen Energielieferungen auszusteigen.
- Die vorläufige Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen kann vermindert werden – aber nur, wenn wir uns etwas zumuten. Dazu müssen wir aus unserer Komfortzone her-austreten.
- Öffentliche Maßnahmen sind: autofreie Sonntage in Städten, Tempolimits auf Autobah-nen (100/130 km/h), Landstraßen (80 km/h) und konsequent in Städten (30 km/h), Pop-Up Radwege für attraktives Radfahren, mehr Einsparung von Energie in öffentlichen Gebäuden, die Möglichkeiten für Homeoffice noch besser nutzen und ausbauen
- Möglichkeiten im Privaten sind: Fleischkonsum wegen Getreideknappheit einschränken, Energiesparen im Wohnbereich, vermehrt ÖPNV und Fahrrad statt Auto nutzen

Geflüchtete Menschen vor Ort und Ukrainehilfe

Die Fluchtrouten führen viele Ukrainer*innen nach Ostdeutschland. Sachsen-Anhalt hat aktuell knapp 20.000 vertriebene Ukrainer*innen aufgenommen. Wir sind damit eines der Bundesländer mit der größten Aufnahmebereitschaft pro Kopf. Möglich ist dies durch einen gemeinsamen Kraftakt von Land, Kommunen, Hilfsorganisationen und ehrenamtlich Engagierten. Die politische und finanzielle Unterstützung solcher Initiativen ist darum essenziell. Wir danken allen, die sich in diesen schwierigen Zeiten für die Aufnahme von

geflüchteten Menschen engagieren!

Nach Artikel 24 des Aufnahmeverfahrens der EU sind die Kommunen für die Kosten zuständig – das ist eine Überforderung. Sie brauchen die wirksame Unterstützung durch Land und Bund. Die nun zwischen Bund und Ländern vereinbarte Kostenteilung stellt einen ersten wichtigen Schritt zur Unterstützung der Kommunen dar. Weitere müssen folgen.

Im Einzelnen zeigt sich, dass die Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) der Hartz-Regelungen nicht ausreichen. Die Wohnraumbedarfsrechnung ist, z.B. bei niedrigen Preisen großer Wohnflächen, noch immer unflexibel. Auch müssen Vergabeverfahren zur Unterbringung vereinfacht werden.

Die gesundheitliche Versorgung der Vertriebenen ist weiter zu bürokratisch. Zur Entlastung der Sozialämter bei der Ausgabe von sogenannten Behandlungsscheinen muss kurzfristig eine Gesundheitskarte für alle Geflüchteten kommen. Hier ist die Landesregierung gefordert.

Schließlich ist die derzeitige Kalkulation zur Beschulung ukrainischer Kinder frei von Realismus: Zwei Klassen sind pro Gebietskörperschaft vorgesehen – allein in Halle gibt es ukrainische Kinder im Umfang von 15 Klassen. Gerade in Halle führt das zu zusätzlichen Belastungen in einer Kommune, die bereits zuvor mehr mit Kapazitätsproblemen konfrontiert war. Aus diesem Grund brauchen wir dringend ein Schulbauprogramm, mit dem die Mittel für den Ausbau von Schulen bereitgestellt werden.